



Antwort auf die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2024 – LSVD und QueerWeg Thüringen

1. Landesprogramm zur Akzeptanz der Vielfalt fortführen: Welche Elemente sind Ihnen bei der Weiterentwicklung des Landesaktionsplan Vielfalt besonders wichtig, um dessen Erfolg und Finanzierung zu sichern und Beratungsstrukturen ausbauen?

Antwort: Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung und eine Evaluierung des Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt ein, welches 2018 als Selbstverpflichtung der Landesregierung beschlossen wurde. Dazu wollen wir in allen verantwortlichen Ministerien sowie der Landtagsverwaltungen zuständige Personen einsetzen und mit entsprechenden Mitteln ausstatten. Angelehnt an das Queere Zentrum in Erfurt möchten wir in allen 4 Planungsregionen in Thüringen entsprechende Beratungs- und Anlaufstellen schaffen, welche sich um queer verstehende Menschen kümmern

2. Vielfalt in der Bildung fördern: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um queere Lebensrealitäten in der Schule, in der frühkindlichen Bildung und Erwachsenenbildung zu verankern?

Antwort: Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt enthält im Bereich Bildung einen umfangreichen Handlungskatalog, um queere Lebensrealitäten in der Schule, in der frühkindlichen Bildung und Erwachsenenbildung zu verankern. Dieser Katalog muss umgesetzt und fortlaufend evaluiert werden.

3. Hasskriminalität bekämpfen: Wie wollen Sie queerfeindlicher Hasskriminalität präventiv entgegenwirken und gerade im ländlichen Raum für einen sicheren Alltag sorgen?

Antwort: Neben dem Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt wollen wir auch das Landesprogramm, Demokratie und Weltoffenheit

weiter finanziell verstetigen und ausbauen sowie die Demokratieförderung als Ganzes auf gesetzliche Füße stellen und Projekte dauerhaft absichern. Das queere Zentrum in Erfurt ist eine Erfolgsgeschichte und leistet mit einem Beitrag für einen sicheren Alltag, daher ziehen wir das Resümee: es braucht nicht nur ein, zwei, drei, sondern viele weitere queere Anlaufstellen für Treffen und Austausch in ganz Thüringen. Als Teil der Prävention ist im Bildungsbereich eine weitere Sensibilisierung von Lehrer:innen geeignet, um Wissen zu sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität oder das Erkennen queerfeindlicher Anfeindungen und Reaktionsmöglichkeiten besser zu vermitteln. Dies betrifft auch Lehrende im Bereich der Polizeiausbildung.

Durch die Landesprogramme und Demokratieförderung konnten wir nicht nur Projekte wie Elly, Ezra, Mobit, IDZ, Komrex oder MigraNetz trotz Angriffen von Rechtskonservativ bis extrem Rechts in den letzten Jahren verteidigen und damit relevante Strukturen fördern, die Betroffene rechter Gewalt beraten oder mit Aufklärung und Wissen unterstützen. Über Demokratieprojekte gelang es bis tief in den Landessport und die Feuerwehr hinein die in die Vereinskultur wirken, um den gegenseitigen Respekt zu stärken. Dies gilt es zu verstetigen, zudem wollen wir CSDs im ländlichen Raum unterstützen. In der Vergangenheit haben Ermittlungsverfahren viel zu lange gedauert. Um einen generalpräventiven Effekt zu erzielen, müssen Straftäter von queerfeindlicher Hasskriminalität erfahren, dass ihr Handeln rechtliche Konsequenzen hat. Wir wollen daher eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hasskriminalität einrichten, Kompetenzen bündeln und Wissen verstärken auch durch mehr Weiterbildungen bei Polizei und Justiz. Die Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden ist uns wichtig, daher fordert unser Wahlprogramm auch die Schulung der Opferschutzbeauftragten in den Polizeidienststellen für den Umgang mit LSBTIQ+ Menschen und eine Überarbeitung der häuslichen Gewalt-Leitlinien in Bezug auf die Zielgruppe LSBTIQ+. Für den ländlichen Raum wollen wir dabei auch die Kontaktbereichsbeamten, die wir erhöht haben weiter verstetigen und unterstützen. Die Stärkung der LSBTIQ+ Rechte bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Als LINKE ist unser oberstes Ziel, dass Thüringen ein weltoffenes Land bleibt. Ein Land, in dem man ohne Angst verschieden sein kann.

4. Familienvielfalt stärken: Welche Schritte planen Sie, um einen zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Behörden und Bildungseinrichtungen zu fördern?

Antwort: Gemäß dem Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt soll die Ungleichbehandlung unterschiedlicher Familienformen der Vergangenheit angehören. Die Belange von LSBTIQ*-Personen und ihren Angehörigen werden in der Thüringer Familienpolitik, in der

Familienförderung und in den Beratungsstrukturen noch stärker berücksichtigt, um bedarfsgerechte Angebote zu sichern. Der dafür im Landesprogramm verankerte Handlungskatalog muss umgesetzt und fortlaufend evaluiert werden.

- 5. Akzeptanz in der Arbeitswelt: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz von Führungskräften in Einrichtungen des Freistaats Sachsen und bei privaten Unternehmen in Thüringen zu erhöhen?**

Antwort: Das Klima im Unternehmen spielt im Alltag der Arbeitnehmer:innen eine wichtige Rolle für ihre Zufriedenheit. Auch Arbeitgeber:innen haben daher ein Interesse an einem diskriminierungssensiblen Arbeitsumfeld für ihre Mitarbeiter:innen. Der dafür im Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt enthaltene Handlungskatalog muss umgesetzt und fortlaufend evaluiert werden.

- 6. Förderung queerer Kultur: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass queere Kunst und Kultur explizit staatlich gefördert und in anderen Kulturbereichen inkludiert wird? Wenn ja, wie?**

Antwort: Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt hat sich zum Ziel gesetzt, dass auf verschiedenen Ebenen des Kultur- und Alltagslebens die Sichtbarkeit von LSBTIQ*-Themen verbessert werden soll. Der dafür im Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt enthaltene Handlungskatalog muss umgesetzt und fortlaufend evaluiert werden.

- 7. Schutz für queere Geflüchtete: Wie wollen Sie sicherstellen, dass queere Geflüchtete diskriminierungsfrei betreut werden und die Gesellschaft für deren Schutzbedürfnisse sensibilisiert wird?**

Antwort: Wir werden uns weiterhin generell für die Abschaffung diskriminierender Mechanismen einsetzen, u.a. im Bundesrat für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, das auch den Bedürfnissen queerer Geflüchteter nicht hinreichend Rechnung trägt und streben ein modernes Einwanderungsgesetz an. Wir wollen in der migrantischen Community durch Integrationskurse zugleich auch die Werte der offenen und toleranten Gesellschaft stärker vermitteln. Anders als alle anderen demokratischen Parteien im Bundestag ist die Linke kein Umfaller, was die Schutzbedürfnisse angeht, wir stehen glaubhaft an der Seite der Geflüchteten und streiten für deren Rechte und gegen die Einstufung weiterer sogenannter „Sicherer Herkunftsstaaten“, in denen queere Geflüchtete teils drakonische Strafen erwarten. Wir wollen ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, um die Schutzbedürfnisse rechtlich und gesellschaftlich wirkungsmächtig durchzusetzen. Bestehende Lücken

unter anderem in der Unterstützung bei Asylverfahren, bei Beratungskapazitäten, bei Begegnungsmöglichkeiten, bei der Unterbringung von Geflüchteten und mit Blick auf bestimmte Personengruppen (z.B. vulnerable ethnische Minderheiten, LGBTIQ+-Personen), EU-Zugewanderte oder Drittstaatsangehörige, die aus der Ukraine anreisen, wollen wir schließen. Gemeinschaftsunterkünfte halten wir tendenziell für weniger geeignet für besonders schutzbedürftige Gruppen (u.a. LGBTIQ+). Diese sollten in (Schutz-)Wohnungen untergebracht werden. Um dies zu ermöglichen, braucht es konkretere Vorgaben gegenüber den Kommunen. Deswegen wollen wir Verfahren und Konzepte entwickeln, damit sich Betroffene schnell geeigneten Ansprechpersonen anvertrauen können ohne ein Zwangsoouting bei Mitgeflüchteten fürchten zu müssen. Damit kann eine sichere Unterbringung in der Erstaufnahme und schneller Umzug in eine (Schutz-)Wohnung inklusive der notwendigen Unterstützung und Betreuung sichergestellt werden. Das als eine herausragende Maßnahme im Thüringer Integrationskonzept ausgewiesene Landesprogramm Akzeptanz und Vielfalt mit seinen Maßnahmen zur Förderung von Akzeptanz und Vielfalt in Bezug auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intergeschlechtliche sowie queere Personen, wollen wir stärken und fortführen. Als Linke haben wir uns dafür stark gemacht, dass ein mutmaßlich rassistischer und queerfeindlicher Richter am Landgericht Gera, der bundesweit Schlagzeilen mit einer Benachteiligung von Geflüchteten insbesondere homosexuellen Geflüchteten machte, diese Tätigkeit nicht weiter ausübt und inzwischen ein Disziplinarverfahren läuft. Künftig wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch die LSBTIQ+ Rechte stärker im Bereich der Weiterbildungen im Justizbereich berücksichtigt werden.

8. Vielfalt im Alter: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um in ganz Thüringen eine queersensible Unterstützung und Pflege älterer Menschen zu gewährleisten?

Antwort: Für queere Menschen im Alter wollen wir mehr Angebote gegen Altersarmut und für selbstbestimmtes Wohnen mit entsprechenden Pflege- und Unterstützungsmöglichkeiten. Der dafür im Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt enthaltene Handlungskatalog muss umgesetzt und fortlaufend evaluiert werden.

9. Gesundheitsversorgung diversitätsgerecht gestalten: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um medizinische Leistungen für trans*, inter* und nicht-binäre Personen in Thüringen diskriminierungsfrei zugänglich zu machen und Fachpersonal zu sensibilisieren?

Antwort: Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt hat sich zum Ziel gesetzt, dass LSBTIQ*-Personen im Gesundheitswesen nicht diskriminiert werden. Noch bestehende diskriminierende Regelungen

sind zu streichen. Eine Zertifizierung soll vielfaltsspezifische Aspekte im ärztlichen, pflegerischen, beratenden und therapeutischen Kontakt zu einer besseren Behandlungsqualität zusammenführen. Hierfür ist eine sensible, lebensstilakzeptierende Kommunikation, eine offene und gleichzeitig geschützte Behandler:in-Patient:in-Beziehung sowie spezifisches Faktenwissen erforderlich. Aspekte sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sind bei der Gesundheitsförderung und Prävention, insbesondere auch im Wirken der Thüringer Landesgesundheitskonferenz (LGK), zu beachten. Der im Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt enthaltene Handlungskatalog muss umgesetzt und fortlaufend evaluiert werden.

10. Rechtsextremismus und Antifeminismus entgegenwirken: Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie antifeministische Bedrohungen durch rechtsextreme Bewegungen, Organisationen und Parteien bekämpfen?

Antwort: Antifeminismus bedroht unsere Gesellschaft. Der Attentäter von Halle war nicht nur Antisemit, er agierte insbesondere gegen Gleichberechtigung und Frauenrechte. Bei vielen rechten Gewalttätern der letzten Jahre gehören antifeministische und queerfeindliche Elemente zum Teil ihrer Ideologie. Diese Feindseligkeit ist ein Kit von extremen Rechten bis zu Rechtskonservativen. Die Linke steht wie keine andere Partei für den unnachgiebigen Kampf gegen Rechts, gegen Sexismus und für gleiche Rechte. Wir verteidigen das, was Frauen in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben - bis zur vollen Gleichberechtigung. Wir haben in 10 Jahren unter Rot-Rot-Grün viel auf den Weg gebracht, darunter zuletzt auch eine Beratungsstruktur gegen Hatespeech und antifeministische Bedrohungen oder mit dem Chancengleichheitsförderungsgesetz eine Stärkung von Frauenhäusern und Gewaltschutzräumen. Diese gilt es nicht kontinuierlich in Frage zu stellen, sondern auszubauen. Als Die Linke bekennen wir uns zum Feminismus. Verbote inklusiver Sprache, wie sie BSW, CDU und AfD fordern lehnen wir ab. Wir stärken die Erwachsenenbildung und Demokratiebildung, treten für konsequente Verfolgung rechter und antifeministischer Strukturen ein und wollen rechte Netzwerke im digitalen Raum wie auch offline eindämmen. Wir stehen an der Seite der Antifaschist:innen und Feminist:innen die dem Rechtsruck unermüdlich und teils unter persönlichen Anfeindungen Paroli bieten. Die Statistik der politisch motivierten Kriminalität (PMK) soll auch um das Merkmal »queerfeindliche Gewalt und Straftaten« ergänzt und differenziert nach Betroffenengruppen geführt werden, um Bedrohungen sichtbarer zu machen. Antifeministische Angriffe gilt es besser zu erfassen. Für diese Änderung werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen. Im Rahmen der Landespolitik werden wir weiter die Polizei und Justiz sensibilisieren und die Ausbildung verbessern wie zuletzt mit der

Eröffnung des Sozialkompetenzzentrums (2024) bei den
Polizeibildungseinrichtungen. Wir streben an, alle Register im Kampf
gegen Nazis zu ziehen, die rechtlich möglich sind, das schließt die
Trockenlegung von Finanzen und die juristische Zerschlagung von
Strukturen mit ein. Als LINKE fordern wir einen Masterplan gegen
rechte Immobilien, die auch als Rückzugsorte und Ausgangsorte von
rassistischen, antifeministischen und queerfeindlichen Straftaten
wirken.

Erfurt, 19.08.2024